

Der erste Richter stellt als zweifellos den Grundbegriff auf, daß der *Vertrag* des Landesherrn des Herzogtums Braunschweig im staatsrechtlichen Sinne ist und deshalb die braunschweigische Staatsangehörigkeit sowie das Recht der Exterritorialität bestreite. Einem Beweis dieses Saches hat er nicht einmal verlust. Der *Sar* ist auch nicht baldig. Schon die *Rene Landshut-Ordnung* vom 12. Oktober 1822 bringt ... zum Ausdruck, daß unter dem Landesherrn nur derjenige zu verstecken ist, welcher die Staatsgewalt innehat, mög er auch zu ihrer eigenen Ausübung wegen seiner Minderjährigkeit noch nichtfähig sein. Auch das Gesetz, die provinzialische Ordnung der Regierungsbehörden ist einer Thronerhebung betreffend vom 16. Februar 1879 läßt diesen Grundbegriff erkennen, indem es der abstrakten Beurteilung des erprobten Thronfolgers zum Thron die Annahme der Regierungswelt gegenüberstellt. Als trocken von den wissenschaftlichen Agitationen die Behauptung aufgestellt wurde, daß der nach diesem Gesetz gewählte Regent die Regierung nicht nur für den erprobten Thronfolger ausübe und deshalb bei einem Wechsel in seiner Person abtreten müsse, ist im Jahre 1902 das Gesetz, betreffend authentische Erklärung des § 6 des Gesetzes vom 16. Februar 1879 erlassen worden. Dieses Gesetz beschäftigt, jeden Zweifel daran abschneidet, daß die Regierung nicht im Namen des Thronfolgers geführt wird. Es dat auch deutlich anzuschreien, daß die Regierung ohne Rückhalt auf einen Wechsel in der Person des zum Thron Erwählten weitergeführt wird, bis ein Thronfolger die Regierung antritt. ... Jeßt kann keine Rechte mehr davon sein, daß *Se. Ral. Hoheit* der Herzog von Cumberland Landesherr von *Prannsweil* sei ... Durch die bloße Beurteilung zum Thron hat aber der *Vertrag* (der Herzog von Cumberland) die braunschweigische Staatsangehörigkeit nicht erworben. Der Grundbegriff des Staatsrechts, daß der Landesherr die Staatsangehörigkeit seines Staates erwerbe, beruht auf der Analogie der Beamtenanstellung. Wenn aber die Staatsangehörigkeit mehr von dem Rechten lebt noch in seinem Namen geprägt werden, kann diese Analogie nicht in Frage kommen. Wenn *Se. Ral. Hoheit* der Herzog von Cumberland trotz des langjährigen Aufenthaltes im Auslande überwiegend noch Deutscher sein sollte, könnte er nur die preußische Staatsangehörigkeit haben, die er durch die Ereignisse von 1806 erworben hat. In diesem Falle kann Berlin als sein einziger Wohnsitz in Betracht, denn die Frage der Exterritorialität sonst nicht anstoßen, als der Wechsel mit dem Tode des Herzogs Wilhelm am 18. Oktober 1884 zum Thron heraufsteigen würde; damals aber hatte er seinen Wohnsitz in Hannover längst nicht mehr. Es kann aber auch nicht anerkannt werden, daß er nach Recht der Exterritorialität genennt. Dieses Recht kommt, soweit es hier interessiert, nur denjenigen Rechten an, welche die Regierung selbst führen oder in deren Namen sie geführt wird; denn es hat keinen Grund darin, daß die Unabhängigkeit des Staates die Abhängigkeit seines Vertreters von einem andern Staat nicht erhöht. Der Wechsel ist also immer als Kauf eines Fürstentum, welches nach Arienrecht seines festen Thronfolgers verlustig gegangen ist, noch als bloßer erprobter Thronfolger, der nicht Landesherr ist exterritorial. Hierdurch war der erste Richter auch für die neuen *Se. Ral. Hoheit* den Herzog von Cumberland, rechtmäßige Nachfolgerin, nicht zuständig. Wenn das Verwaltungsberecht entscheidend entscheidet, heißt es keine Reformation in peius. Selbst wenn dies jedoch der Fall wäre, müßte so erkannt werden, weil diese Entscheidung aus Vorlesungen folgt, die vom Konsul raten zu beachten sind. ... Die Entscheidung hat auf Absehung dieses Teiles der Klage wegen Unzulänglichkeit des Gerichts meint. Offensichtlich der verhinderten Abschaffung ist Proportion zulässig und auch erlaubt. Die Exterritorialität Seiner Weisheit des Königs von Sachsen steht der Entscheidung nicht entgegen, da er sich der biegsamen Geschäftsfähigkeit durch Aufnahme des Vertrags freiwillig unterworfen hat.

Generalstreit in Frankreich?

Umwandlung der Post- und Telegraphenbeamtenvereinigung in ein Syndikat.

Die innerpolitische Lage scheint sich immer mehr zu einer förmlichen Katastrophe zu qualifizieren, da die Regierung die Post- und Telegraphenbeamten, die ihre Vereinigung am gestrigen Donnerstag kurz entschlossen — jedenfalls als eine Art Kriegserklärung an das Regime Clemenceau — in ein Syndikat umwandeln, unflügigweise geradegang brachte. Die «che» Abordnung der «postiers», die Herr Clemenceau das angestammte Ultimatum überreichten wollte, ist von diesem einfach nicht empfangen worden; da der Ministerpräsident «lebendig» ist. Man kann sich daher für die nächste Zeit auf alle nur möglichen Überstürzungen in Frankreich gefaßt machen, zumal, da nun auch anscheinend die Eisenbahner anstreben, ihre Vorbereitungen für einen eventuellen Generalstreit zu treffen. Über die Situation berichten folgende Tepechen:

Paris, 6. Mai. (Telegramm.) Eine *Abordnung* der Post- und Telegraphenbeamten unter Führung des Sekretärs des Syndikats der Telegraphenbeamten, *Bauron*, begab sich heute in das Ministerium des Innern, traf aber *Herrn Clemenceau*, der lebendig ist nicht an. Die Regierung wurde nicht empfangen. *Bauron* wurde vom Amt suspendiert, weil er heute früh nicht zum Dienst antrat.

Paris, 6. Mai. (Telegramm.) An einer heute abgehaltenen geheimen Versammlung beschlossen die Post- und Telegraphenbeamten, ihre Vereinigung in ein Syndikat umzuwandeln.

Paris, 6. Mai. (Telegramm.) In der gestrigen Sitzung des Eisenbahnerverbandes brachten die Revolutionäre einen Antrag ein, in dem der Ausdruck aufgefordert wird, daß die Abfahrt alle zur Vorbereitung des Gewerkschaftsnotwendigen Maßnahmen zu treffen, da dieser das einzige wirksame Mittel sei, um gegen die Willkür der Eisenbahngesellschaften anzukämpfen, die auf jede mögliche Weise sich dem Eisenbahnverband zu entledigen trachten. Die Resolution wurde mit großem Beifall angenommen.

Die türkischen Wirren.

In unterrichteten Berliner Kreisen beurteilt man, wie uns von unserer Berliner Redaktion gemeldet wird, die Lage in der Türkei etwa folgendermaßen:

Die Nachrichten aus der Türkei lauten nicht ungünstiger als bisher. Man hat nicht den Eindruck, daß verbreitet die steptischen Melbungen besondere Bedeutung, immer natürlich unter dem Vorbehalt, daß einzelne Ausbrüche möglich sind. Wenn es Deute gibt, die *Abdul Hamid* zurückzuführen, so können doch wohl nur die Albaner sein, die keine Freunde sind. Sonst aber gibt es kaum breitere Schichten, die Schrecken noch ihm empfinden. Andererseits Richtungen scheinen ihren Ursprung in den Konstantinopeler Hofschlügen und Stammlokalen der ausländischen Korrespondenten zu haben.

Da *Hilmi Paşa*, der mit der Bildung des Kabinets berisits beauftragt ist, mit dem Komitee identisch ist, da ferner dieses Komitee auf bestem Fuße steht mit der Armee und die Armee wiederum mit uns, Deutschland, kompatibler, so dürfen wir dem Kabinett *Hilmi* mit Interesse entgegensehen. Zu irgendwelchem Misstrauen liegt auf dieser Seite kein Grund vor.

Aus dem türkischen Parlament.

Konstantinopel, 6. Mai. (Telegramm.) In der Deputiertenkammer teilte der Präsident ein Schreiben des Generalstabschef *Scheffet* *Vatika* mit, wonach die Untersuchung ergeben habe, daß die albanischen Deputierten *Jamail* *Gemal* und *Mufid*, beide Mitglieder der liberalen Union, geplant haben, einen Aufstand in Albanien herzuzurufen. Scheffet erfuhr die Kammer, einen Beschluss darüber zu stellen, ob die beiden Deputierten verfolgt werden müssen. Die Kammer überwies die Angelegenheit einer Kommission. Der Präsident gab ferner bekannt, daß der Großwelt auf Griechen *Toldos* die Kammer aufzufordere, ein Brechfeuer und ein Sitzfeuer festzustellen, da der Belagerungszustand nicht eher aufgehoben werden könne. Der Großwelt teilt ferner mit, der Sultan werde den Eid auf die Verfassung vor dem Parlament nach der Schwurgerichtung ablegen. Sobald solche die Kommission die Beendigung der Verfassungsrevision fort.

Der *Osmanische Jan.*

Konstantinopel, 6. Mai. (Telegramm.) Der gekrönte erklassene *Hatt-i-Humayun* betreffend die Ernennung des Großwerts *Hilmi* und des Schreis *al Islam* wiederholte die

Ver sicherung, daß die Verfassung entsprechend dem Scheriat vollkommen bestätigt, daß das Land völlig die materiellen und moralischen Vor- teile und Vorteile des Verfassungsregimes genießen und daß Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden.

Die verschleierten Frauen.

Constantinopel, 6. Mai. (Telegramm.)

Eine offizielle An kündigung des Völkerministers bestätigt, daß türkische Frauen auf der Straße nie verschleiert und keine gegen die Moral vertretende Kleidung tragen sollen. Der Stand hierzu und anderer Verfügungen ist zweifellos der, auf die Stimmung der östlichen Bevölkerung einzuwirken, die die Religion und der Gottesdienst und ihr anbetracht sindlich gesehen ist.

Abdul Hamid.

Paris, 6. Mai. (Telegramm.)

Der frühere Sultan *Abdul Hamid* hat nach der nordischen Aufruhr der letzten Tage das Gleiche befürchtet und wiederholt und ist vollkommen ruhig. Von einem Transport nach Monastir ist keine Rede.

Neue Unruhen in Griechenland.

Rom, 6. Mai. (Telegramm.)

Die *Morning Post* bringt die Alarmmeldung, daß das türkische 4. Armeekorps aus Erzerum gegen Konstantinopel zu marschieren beabsichtigt.

St. Gallen, 6. Mai. (Telegramm.)

Aus diesen Komiteekreisen verlautet, der nach Athen geflohene Ali Pemal habe in Griechenland 50 000 Gewehre angekauft, um diese noch Salona einzuführen und dort eine allgemeine Erhebung gegen die Jungtürken vorzubereiten. Auch die Haltung der Griechen in Piräus ist wieder bedenklich.

Paris, 6. Mai. (Telegramm.)

Die *Agence Havas* meldet aus Konstantinopel, die Lage in Anatolien sei außerordentlich besorgniserregend. Die Unruhen, an denen die Behörden mitwirken, schaffen größere Ausdehnung an und die Truppen seien ohne Mannschaft. Es verlautet, daß durchbare Ausbreitungen vorgekommen seien.

Egyptens Unabhängigkeit.

Paris, 6. Mai. (Telegramm.)

Der Präsidenten des Komitees der ägyptischen Jugend hat eine Einladung zu dem im Laufe des Sommers in Genf abzuhandelnden Kongress auf weitem Raum die Frage der Unabhängigkeitserklärung erörtert werden soll.

Deutsches Reich.

Leipzig, 7. Mai.

* Zum Besinden des Grafen Hobenshal. Das am Donnerstag in Dresden verdeckte Gericht, der Minister Graf d. v. Hobenshal liege im Sterben, bestätigt sich nicht. Wie unser Dresdner P. Korrespondent auf Anfrage im Ministerhof erfahren hat, läßt das Besinden des Ministers zwar zu Wünschen übrig, aber dies ist durchaus nichts Neues. Der Minister befindet sich sogar außer Welt, hat gelern morgen genügend Rührung zu sich genommen, auch sind weiter der Arzt noch seine Angehörigen von ihm. Sein Schwiegersohn Graf Gottschall war gestern morgen ganz ruhig auf seinem Posten im Amt.

* Nationalliberaler Meuterauflauf. Angeregt vom Nationalliberalen Landesverein für das Königreich Sachsen und unterstützt vom Nationalliberalen Deutschen Reichspartei in Dresden fand am Mittwoch im Gorbetgarten zu Blasewitz unter Vorst. von Herrn Kaufmann Oskar Busse eine öffentliche Versammlung statt, in der Generalsekretär Dr. Wendelerper-Peitzig eingedrungen und in sehr überzeugender Weise über Rechtstaat, Parteifreiheit und Wahltagwahlen sprach. Redner sahen keinen Besall. An der Debatte beteiligten sich die Herren Vanderveldt, Dr. Krämer als Vorsitzender des Konservativen Vereins in überaus laudlicher Weise, Marschinenoffizier *Thüm* im Sinne der nationalen Arbeit, Dr. Hödelmann und Generalsekretär Dr. Kunze. Am Anschluß an die Versammlung fand eine Besprechung zahlreicher Mitglieder und Freunde der Partei statt, die zur Gründung eines nationalliberalen Vereins in Blasewitz führte.

* Die Budgetkommission des Reichstages beschloß zur Besoldungsverlage, in Klasse 21 einzureihen die Kammersekretäre bei den obersten Reichesbehörden, die Konstitutionsschreiber bei den Mainen und die Beamten beim Reichspostamt. Die Gehälterfäge werden in den ersten drei Stufen belassen, die weiteren Stufen werden herabgesetzt und das Höchstgehalt auf 3800,- fixiert. Die Klasse 26 bis Joffer 4 und Klasse 27 werden zu einer Klasse 23 zusammengefaßt (Gehaltssumme 2000,- Höchstgehalt 4000,-). In diese Klasse kommen die Post- und Telegraphensekretäre, die Wertmüller bei den Werken, die Bahndirektoren, die Gütervorsteher, die Beamte der Eisenbahnen und die Postmeister der Reichsbahnen. Die Klasse 28 wird umgewandelt in Klasse 21 mit folgenden Gehaltssummen: Intendantenassistenten 3000 bis 4200,- Die Zulage von 150,- fällt fort.

Die Gehaltserhöhungskommission des Reichstags verhandelte am Donnerstag in zweiter Sitzung über den § 35 der Gehaltserhöhung, weiter und bezüglich der Anträge wegen Abänderung der Rechenschaftserstattung einstimmig der Anlaßnahm, daß in eine Beratung der selben, falls die Sitzung vor dem Plenum endigt, nicht eingetragen werden soll, um über die Direktiven des Reichstages steht abzumachen.

* In der Subkommission für Tabakbesteuierung beschloß eine aus Konservativen, dem Reichspartei und dem Zentrum bestehende Mehrheit folgendes: - Da den bisherigen Zollplänen auf ausländischen Tabak wird ein Wertzuflug von 80 Prog. hinzugefügt. Die Steuer auf inländischen Tabak wird auf 5,- pro Doppelgänger erhöht. Gründen werden mit 45,- pro Doppelgänger besteuert. Der seit dem 1. März eingeführte Zollzettel unterliegt der Abgabeprüfung. Die Regierung berechnet den Rechteckzettel für die Reichssteuern nach diesen Steuertypen auf 90 Millionen Mark jährlich. Der Abgeordnete Müller-Gulda (Bz.) hat dagegen den Rechteckzettel auf 88 Millionen Mark berechnet.

* Protestversammlung gegen die Schiffahrtsabgaben. Der Centralverein für die deutsche Minenindustrie trat am Mittwoch im preußischen Reichstag auf, um die Abgabebelastung auf ausländischen Tabak durch Rechteckzettel zu erhöhen. Die Steuer auf inländischen Tabak wird auf 5,- pro Doppelgänger erhöht. Gründen werden mit 45,- pro Doppelgänger besteuert. Der seit dem 1. März eingeführte Zollzettel unterliegt der Abgabeprüfung.

Die Regierung für die Reichssteuern nach diesen Steuertypen auf 90 Millionen Mark jährlich. Der Abgeordnete Müller-Gulda (Bz.) hat dagegen den Rechteckzettel auf 88 Millionen Mark berechnet.

* Protestversammlung gegen die Schiffahrtsabgaben. Der Centralverein für die deutsche Minenindustrie trat am Mittwoch im preußischen Reichstag auf, um die Abgabebelastung auf ausländischen Tabak durch Rechteckzettel zu erhöhen. Die Steuer auf inländischen Tabak wird auf 5,- pro Doppelgänger erhöht. Gründen werden mit 45,- pro Doppelgänger besteuert. Der seit dem 1. März eingeführte Zollzettel unterliegt der Abgabeprüfung.

Die Regierung für die Reichssteuern nach diesen Steuertypen auf 90 Millionen Mark jährlich. Der Abgeordnete Müller-Gulda (Bz.) hat dagegen den Rechteckzettel auf 88 Millionen Mark berechnet.

* Die Abgabebelastung auf ausländischen Tabak wird auf 5,- pro Doppelgänger erhöht. Gründen werden mit 45,- pro Doppelgänger besteuert. Der seit dem 1. März eingeführte Zollzettel unterliegt der Abgabeprüfung.

Die Regierung für die Reichssteuern nach diesen Steuertypen auf 90 Millionen Mark jährlich. Der Abgeordnete Müller-Gulda (Bz.) hat dagegen den Rechteckzettel auf 88 Millionen Mark berechnet.

denn es liegen ausreichende Erklärungen des preußischen Ministers vor, denen man absolut glauben kann. (Schäffer, Wiederschau, Bessinga, Büttemann.) Oberbürgermeister *Nitter* (Wannheim) schlägt sich gegen das Gesetz als *Ganzes*. — Abg. *Seumer* (Wülfel) votiert vor allen anderen gegen die Vertrauensabstimmung gegenüber der Regierung und setzt als praktische Politiker der Resolution des Vorstandes zugestimmt. — Major *Blate* (Aken) ist gegen die Schiffahrtsabgaben und erklärt den Entwurf für unannehmbar und unverhältnismäßig. — Direktor *Fischer* (Wannheim) meint, daß die Süddänen sich durch die Versprechen der preußischen Regierung sich versichern ließen. Doch mehrheitlicher Debatte wurde ein Abzug des Major a. D. *Blate* (Aken), nachdem Schiffahrtsabgaben unter allen Umständen zu verwerfen sind, mit 146 gegen 78 Stimmen angenommen.

Über die Ausstellung der preußischen Unterrichtsverwaltung auf der Berliner Weltausstellung wird die *Nat. Rtg.* von unterrichteter Seite: Die Ausstellung wird Gewicht darauf legen, möglichst lebensvolle Bilder zu bieten und gerade das zum Ausdruck zu bringen, was aktuelle Bedeutung in unserem Schuleben hat. Die verschiedenen Ausstellungen der höheren Schulen werden durch bestimmte Läden zur Darstellung kommen. Spezialausstellungen werden Heimatstudien und Deutschlands Kolonialwaren darstellen. Auch die Universität wird einen Beitrag der Heimatstudien und der Universität darstellen. Die Ausstellung präsentiert.

* *Frankfurter Zeitung* des Generalstaatsanwalts Dr. Jenisch. Wie hören, der Justizrat beim Generalstaatsanwalt Dr. Jenisch einen Urteilsspruch bis Ende August d. J. abwilligt. Dr. Jenisch dürfte den größten Teil dieses Urteils außerhalb Berlins vertragen. Mit seiner Vertretung ist der Staatsanwalt Klein betraut worden.

* Gouverneur *Blasius* (Trappel) wird nach Beendigung seines Mandates bestimmt auf seinen Posten nach Kaukasia zurückkehren. Alle gegenwärtigen Nachrichten, daß der Gouverneur sich in das Privatleben zurückziehen werde, sind vollkommen unbegründet.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* *Adressat* in Ungarn. Die *S. R.* meldet aus Pest: Eine bedeutende Erweiterung der Reihe erfolgte dadurch, daß Graf *Adressat*, der früher von Kaiser als der verlässlichste der Adressaten angesehen wurde und deshalb lange die Handrolle bei der 25. Aug. der Reihe ausgetauscht war, in letzter Zeit gänzlich in Ungarn gefeiert wird. Neben dieser interessante Entwicklung der Adressaten erweckt die folgende Information, mit Rücksicht auf meine Zwecke unerlässliche Information: Nach der Ungarischen Revolution ist die *Ungarische Adressat* bei dem *Ministerium für Inneres* bestellt worden. Wie früher bestimmt auf seinen Posten nach Kaukasia zurückkehren. Alle gegenwärtigen Nachrichten, daß der Gouverneur sich in das Privatleben zurückziehen werde, sind vollkommen unbegründet.

Frankreich.

* Die Flottenkommanden im Kanal. Das *Var* wird telegraphiert: Im *Bas de Galais* wurden auf der Fahrt von Dunkerque nach Cherbourg die drei Panzerkreuze „Gambetta“, „Vercingetorix“ und „Géant“ von den Untersee- und Landbooten „Opale“, „Emeraude“, „Ulysse“ und „Senteuse“ erfolgreich angegriffen, obwohl die Kavallerie von vier zu Spähzügen dienenden Torpedobooten begleitet wurde. Im Verlaufe der Flotte im Kanal wollte das zum Angriff auf den Panzerkreuzer „Mars“ ausgeschickte Torpedoboot *Centaur* will, ob es den Kreuzer töpflicht hat. An die Oberfläche gelangt, erkannte, es jedoch, daß es aus Versehen einen noch mal Torpedozug bezeichneten englischen Panzer attackiert hatte, gleichzeitig nicht mit Torpedozug. — Zu Toulon, wo trotz der beruhigenden Demands des Marineministers ebenfalls die Radierung gegen den Unteren und den Oberen *Bas de Galais* verhindert werden, ist wieder offiziell angekündigt, daß die *Ulysse* verhindert werden. Der Untere *Bas de Galais* verhindert, daß die *Ulysse* verhindert wird, daß sie unter den dennoch bestehenden <i